

Die Frage des Heißens.

Martina Steber erforscht die Semantiken des Konservatismus in Deutschland und Großbritannien.

Martina Steber: *Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945-1980* (d. i. Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London, Band 78). Berlin/Boston: de Gruyter Oldenbourg.

Von Martin G. Maier.

Wohl bei keiner anderen Denkströmung ist die Zugehörigkeit ihrer Akteure mehr umkämpft als beim Konservatismus. Daher ist die Erforschung dessen, was ‚konservativ‘ genannt, d. h. in bedeutungsverschlechternder aber auch affirmativer Absicht unter diesen Begriff rubriziert werden konnte, schon semantisch eine besondere Herausforderung. Ihre Bewältigung kann nur durch eine akribischen Historisierung der Begriffe angegangen werden – und dass die Historikerin Martina Steber dies geleistet hat, zählt zweifellos zu den Verdiensten ihrer hier zu besprechenden Habilitationsschrift, die gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zur europäischen Parteiengeschichte darstellt. Gleichzeitig sollen aber auch Einwände gegen ihre Deutung des bundesdeutschen Konservatismus zur Sprache kommen. Aus diesen Gründen erfordert die Auseinandersetzung mit ihrer Rekonstruktion des Konservatismus zweier Länder, die bis in die frühen achtziger Jahre reicht, mehr Raum als im üblichen Rahmen einer Buchbesprechung zusteht.

Die Deutungskämpfe der Strategen in den von ihr beachteten Parteien, im Wesentlichen sind dies die britische Conservative Party sowie CDU und CSU, werden mit Hilfe des linguistischen Ansatzes von Michael Freedon beobachtet. Durch die Feinanalyse des konservativen Sprachgebrauchs möchte Steber ein *Netz von Begriff-*

fen gewinnen, *dem eine charakteristische ‚Morphologie‘ eignet* (S. 8). Die angestrebte Rekonstruktion des konservativen Vokabulars beruht auf der Vorentscheidung, den gewählten Ansatz durch bestimmte inhaltliche Kriterien zu flankieren, mit denen konservative Positionen überhaupt als solche identifiziert werden können. Beispiele wie die Unverfügbarkeit letzter ordnungskonstituierender Kräfte für den Menschen oder eine spezifische Auslegung des sozialen Wandels sind dabei an Karl Mannheims klassischer Konservatismus-Schrift gewonnen worden. Mit ihrer Bezugnahme auf Freeden sieht Steber das Spezifikum des Konservatismus in der *von charakteristischen Deutungsstrukturprinzipien bestimmte Sprachstruktur*, sieht dabei aber, und das macht erst die nötige historische Tiefendimension ihres Gegenstands aus, eine *Vielzahl von politischen Sprachen des Konservativen* (S. 9), die bei aller **Polyphonie** bestimmte innere Konstruktionsprinzipien teilen. Die eigentliche Dynamik konservativen Denkens ergebe sich aber erst aus dem *Strukturprinzip der Gegensatzbildung, das einerseits aus der Abwehrhaltung gegenüber einem Zuviel an Neuerung und andererseits aus der Frontstellung zumindest gegenüber liberalem und dann auch sozialistischem bzw. sozialdemokratischem Denkens rührte*. (S. 10)

Die **Beobachtung von Sprachhandlungen** und ihrer Konsequenzen soll den Zugang zu den internen Modellierungen des Konservatismusbegriffs in den jeweiligen Parteien Großbritanniens und Deutschlands verschaffen. Steber verliert dabei keineswegs aus den Augen, dass dieser Begriffsgebrauch, Ausdruck eines *Kampf[s]ums Heißen*, nur als Bestandteil einer allgemeinen Positionierungsstrategie verständlich wird. Folgerichtig wird die *semantische Umgebung* (S. 13) politischer Debatten über den Konservatismusbegriff und seine legitimen Kerngehalte ebenfalls beachtet. Die Frage *nach Gegen-, Parallel- und Alternativbegriffen* (S. 13) zum Konservatismus, führt die Autorin zur Rekonstruktion eines beträchtlichen Teils der Kämpfe¹ in den jeweiligen politischen Parteien – aber auch in ihrem intellektuellen Umfeld – um das Eigenbild konservativer Akteure. Sie widmet sich dazu immer wieder den Revisi-

1 Nicht nur sich selbst als konservativ verstehende Periodika bzw. Printmedien der Tages- und Wochenpresse wurden als Teil der ungewöhnlich breiten Materialbasis von Steber ausgewertet. Bis in die frühen achtziger Jahre hinein verfolgt sie außerdem diverse Strategiepapiere, Diskussionsprotokolle aus parteiinternen und parlamentarischen Gremien, nimmt aber auch Skripte für Radio und Fernsehen, Vortragskonzepte etc. zur Kenntnis.

onen jener ‚Beschlagnahmungen‘ des Leitbegriffs, mit denen politische Gegner den Konservativen die Souveränität über ihre Eigendeutung zu beeinträchtigen suchten.

Dass der Konservatismusbegriff im Vereinigten Königreich weitaus weniger umstritten war als in der Bundesrepublik, wo er bis heute nicht zuletzt durch die diversen Andienungsversuche seiner Protagonisten an die faschistische Rechte belastet ist, schlägt sich auch im Verhältnis der beiden Länderabschnitte im Band nieder, das etwa eins zu drei beträgt. Die **gegenseitige Beeinflussung von Tories und Unionsparteien** im Schlusskapitel wird durch die Rekonstruktion der im gesamteuropäischen Rahmen verstärkten Kontakte eindrucksvoll nachvollzogen und könnte für sich allein genommen bereits als gelungener Beitrag zur europäischen Integrationsforschung gelten. Was die hierbei herausgearbeiteten gegenseitigen Wahrnehmungen wiederum für die nationalen Agenden der kommunizierenden Parteien bedeutet haben mochten, führt Steber aber zu wenig aus.

Dagegen überzeugen die von ihr vorgebrachten Gründe für die konservativen Profilschärfungen, die etwa *in Auseinandersetzung mit der zunehmend stärker werdenden Labour Party zu einem ganz eigenen Genre* gerieten. (S. 28) Berechtigterweise werden damit Annahmen über eine konservative Eigenständigkeit und Selbstbezüglichkeit von vornherein in Frage gestellt: Es waren vielmehr vor allem die **linken Herausforderungen nach 1945**, die den Konservatismus – und das trifft auf beide untersuchte Länder zu – zur Adaption und damit zum Wandel zwangen.

Wie sich u. a. dieser Wandel für Steber in der konservativen Semantik niederschlug, soll nun erst am britischen und dann am deutschen Beispiel gezeigt werden.

Das Eigenlabel des *progressive Conservatism* habe die Annahme einer grundsätzlichen Vereinbarkeit konservativer Ideen mit dem Konzept des Massenwohlstands zum Ausdruck gebracht, womit eine *Zukunftsgewissheit* einhergegangen sei: *Die Gewichtung der Zeitdimensionen untereinander verschob sich hin zur Zukunft. Ganz entscheidend dafür war die Wahrnehmung der eigenen Gegenwart als Zeit rapiden Wandels, die seit Mitte der 1950er Jahre zunehmend bestimmend wurde.* (S. 35) Der Gedanke des notwendigen Erhalts der bisherigen Sozialordnung schien sich zugunsten einer interventionistischen Gestimmtheit bisweilen nahezu verflüchtigt zu haben –

zumindest aber erhielt so *der Fortschrittsbegriff eine spezifisch konservative Bedeutungsschicht*. (S. 36) Es blieben für die Tories aber immer noch – als wichtiger Teil ihres Gegensatzes zur Labour Party – diverse Semantiken der *Mitte zwischen gegensätzlichen Polen* (S. 46) und des Ausgleichs dominierend. Züge eines technokratischen Konservatismus arbeitet Steber heraus, wenn sie resümiert: Es sollte *[k]onservative Planung [...] dem Individuum Identität vermitteln in einer Welt, in der alle Sicherheiten verloren gegangen waren und der einzelne durch staatliche Bürokratie und Zentralisierung sich selbst entfremdet war*. (S. 50f.)

Grundlegend andere Adjustierungen der Zeitdimensionen nahm erst der **Thatcherismus** vor. Der von den ‚Thatcherites‘ betonte radikale Bruch mit der Vergangenheit – und damit mit dem Wohlfahrtsstaat und seiner Sozialplanung – stand allerdings für viele Konservative in der Partei im Widerspruch zum *konservativen Impuls des Bewahrens* (S. 86). Doch wurde dieser Wandel analog zur deutschen Ideengeschichte auch als eine ‚*Conservative Revolution*‘ (S. 87) gedeutet. Indes neigte Margaret Thatcher selbst eher dazu, die Brüche mit dem Gedankengut ihrer Partei herunterzuspielen. Sie griff dazu auf die Vorstellung zurück, *dass Fortschritt in der Anwendung konservativer Grundsätze und Werte auf sich verändernde Situationen bestehe*. (S. 88) Nur solle die *better future* (S. 98 – i. O. kursiv), die von den Thatcherites versprochen worden sei, eben nicht *geplant und vorherbestimmt* sein, *sondern sich organisch entwickeln, geprägt von der Freiheit des Individuums in einer moralischen, marktwirtschaftlichen Ordnung*. (S. 98) Doch habe der britische Konservatismus zur Zeit Thatchers an Polysemie eingebüßt: Rhetoriken des Ausgleichs und der Stabilität hätten deutliche Bedeutungsverluste erfahren, stattdessen sei ein polarisierendes Vokabular in den Vordergrund gerückt.

Erheblich vielschichtiger präsentiert sich für Steber die Gemengelage in der Bundesrepublik. Schon durch die **Kompromittierung der konservativen Begrifflichkeiten** wegen ihrer Nähe zum nationalsozialistischen Denken war jede umstandslose Bezugnahme auf den Konservatismus hier problematisch. Doch warum wurde nach 1945 letztlich die Möglichkeit ausgeschlagen, nach dem Zusammenbruch des ‚Dritten Reichs‘ einen Neuanfang zu wagen, d. h. politisch nicht mehr auf die belasteten Begrifflichkeiten zurückzugreifen, sondern andere zu wählen? Eine Antwort gibt Steber

mit dem Hinweis auf das *Prisma der Bedeutungsanreicherung des Konservatismusbegriffs*, das die *Begriffslandschaften der jungen liberalen Demokratie* (S. 115) miteinbezog. So schreckten einflussreiche Medienvertreter und Publizisten wie Hans Freyer, Giselher Wirsing oder Hans Zehrer, die vor 1945 völkisch-national gesinnt waren, in der Nachkriegszeit vor einer zu deutlichen Kennzeichnung ihres Denkens mit dem verfeimten Konservatismusbegriff zurück – zumal sie damit ihre eigenen, nationalsozialistisch stark imprägnierten Biographien betont hätten. (S. 126) Sie stimmten lieber in den totalitarismustheoretisch gestimmten Chor verschiedenster *Couleur [ein]*, der nach 1945 laut zu hören war. Für diese Theoretiker lag das Grundübel der Moderne in der Negation des christlichen Gottes. Der Säkularisierung entsprang also das Unheil der Menschheit. (S. 119)

Manöver in der Mitte?

Eine gewisse dialektische Phantasie erkennt die Autorin in der darin mitgelieferten *Konzeptualisierung des Konservativen als Teil der Demokratie*. Das Konservative konnte so historisch wie gegenwartsaktuell als genuiner Bestandteil des verfassungsliberalen Bezugssystems gedacht werden, war also nicht mehr auf seine Überwindung, sondern auf seine systemimmanente Korrektur hin festgelegt. (S. 121) Der Konservatismus wurde nun als eine *inhärente Kraft* der Moderne definiert, *nicht mehr als ihr Gegenpol* (S. 126) bzw. mit Arnold Gehlen gesprochen: er stellte die *Synthese von Tradition und Fortschritt* (S. 127) dar. Seine Renaissance diene Steber zufolge nicht zuletzt der erfolgreichen Dethematisierung der Hitler-Epoche sowie der aktiven Rolle vieler konservativer Gelehrter und Publizisten darin. Philosophische Groß Erzählungen über den Kampf der Kräfte des Beharrens mit denen eines in die Katastrophe führenden ungezügelten Fortschritts erlaubten es, von der jüngsten Vergangenheit erfolgreich abzulenken. So war am Ende der fünfziger Jahre *[d]ie beschämte Stille der ersten Jahre bundesrepublikanischer Publizistik [...] einer ambivalenten Thematisierung des Konservativen gewichen*. (S. 153)

Das Motiv einer Kritik des ‚Versorgungsstaates‘ und der Massenkonsumgesellschaft (S. 137) unterschied den Konservatismus der jungen Bundesrepublik dabei wenig vom britischen. Auch die auf die sozialistische Linke erweiterte **Sozialstaatskritik** findet sich in beiden Ländern. Sowohl CDU/CSU wie auch die Conservative Party

*positionierten sich gegen eine Linke, die unter Generalverdacht gestellt wurde, auf mehr oder weniger leisen Pfoten eine durchgreifende Sozialisierung voranzutreiben und so die Demokratie zielstrebig zu unterminieren. (S. 363) Der Kalte Krieg wurde in dieser Logik auch in der Innen-, Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik geschlagen. (S. 414) Gegen Ende des Auswertungszeitraums erkennt Steber eine Ausweitung des Feindbildes auf die neuen europäischen Institutionen. Eine weitere und für die Darstellung wichtige Dimension gewann der Freiheitsbegriff in den siebziger Jahren als er mit Verantwortlichkeit und Bindung zusammengespannt und damit dem mit der Neuen Linken in Verbindung gebrachten Begriff der **Emanzipation** begegnet wurde.*

Doch im Gegensatz zu den Tories, die den Begriff ‚konservativ‘ umstandslos absorbierten, existierte in Deutschland seit 1945 keine (bedeutende) Partei mehr, die sich diesen Begriff exklusiv zu Eigen machen wollte. Dies bedeutet keineswegs, dass nicht Strukturprinzipien konservativer Semantik in der Union schon ihrer christlichen Wurzeln halber eine tragende Rolle spielen sollten. Doch wurden konservative Kerninhalte in den beiden Schwesterparteien unterschiedlich gewichtet. *Während die CSU das Prinzip der Gegensatzbildung stark machte, setzte die CDU auf das Prinzip des Ausgleichs², auch weil sie genötigt war, ihre ungleich größere innere Pluralität aufzufangen. (S. 353) Nutzte die CSU unter Franz Josef Strauß in den mittleren siebziger Jahren einige Zeit lang den Konservatismusbegriff, um ihre Variante christdemokratischer bzw. christsozialer Politik zu beschreiben, mit der sie auf Konfrontationskurs zur Schwesterpartei ging (S. 425), besonders was ihre Kritik an der Ausweitung des Sozialstaats auf neue Gruppen und ihre Befürwortung eines ‚freien Unternehmertums‘ betraf, so kehrten doch beide Parteien auch wieder zum Begriff der *M i t t e* (S. 425 – Hervorhebung i. O.) zurück – wohl deshalb, um ihre Spannungen nicht bis zum Bruch der Fraktionsgemeinschaft zu treiben.*

Die Tatsache, dass die Union sich zugutehielt, ein **Bollwerk gegen den politischen Extremismus** darzustellen und so auch gleichzeitig zwischen sozialen, liberalen und

² Doch schienen die Christdemokraten erheblich flexibler auf die Widersprüche ihrer Gegner eingehen zu können, denn die CDU hatte im Laufe der siebziger Jahre sich darauf verlegt, die im Godesberger Programm der SPD von 1959 auffindbaren Leitbegriffe Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit aufzunehmen, um die Wahrung der damit umschriebenen Prinzipien auf ihre eigenen Fahnen zu schreiben und so gegen eine angeblich nach links, d. h. zum Kollektivismus hin treibenden Sozialdemokratie, deren einstigen Werte zu verteidigen.

christlichen Politikentwürfen vermitteln zu können, bildet für Steber anhand des von ihr herausgearbeiteten Vokabulars deren durchgängiges Selbstkonzept. Zumindest die CDU habe in diesem Zug auch nach 1968 zu einer breiteren Debattenkultur gefunden, die über die einzelnen Parteiebenen hinweg auch dissidente Meinungen zur Artikulation gelangen ließ. Dies wird vor allem an den anhaltenden Programmdebatten ab den ausgehenden sechziger Jahren deutlich – doch wurden Wünsche, *die die grundsätzliche Orientierung der Partei zum Ausdruck bringen sollten* (S. 214), von der Parteiführung abgeblockt – überraschenderweise in der CSU aber durchaus zur Kenntnis genommen. Gleichzeitig vermittelt Stebers Rekonstruktion der Debatten über den ‚Konservatismus‘ in der **CSU** in den siebziger Jahren vor allem das Bild einer damit **forcierten Öffnung der Partei nach rechts** – einer Wende, die sich für sie nicht zuletzt aus der neuen Oppositionsrolle im Bundestag erklärt.

Nicht nur die Anbindung der Gegenwart an Vergangenheit *und* Zukunft wurde vom Vorsitzenden Strauß damals ins Spiel gebracht, etwa in dem vielbemühten Bonmot, wonach konservativ sein heiße, an der Spitze des Fortschritts zu marschieren, sondern gleichzeitig auch der Wertedebatte eine interessante Schlagseite gegeben, die auf **Armin Mohlers Einfluss** hindeute, weil der CSU-Chef *betonte, dass neue Werte ‚geschaffen‘ werden sollten, die in der Zukunft zu erhalten seien*. (S. 216 – meine Hervorhebung; MGM) Dabei habe Mohler, der Vordenker der Neuen Rechten, den Konservatismus-Begriff nach Stebers Auffassung stets nur *in rein funktionaler Absicht* gebraucht, nämlich *als sich ein liberaler Konservatismusbegriff zu etablieren begann* (S. 162), den er als Anbiederung an den ‚westlichen‘ Zeitgeist missbilligte. Doch dieser wichtige Multiplikator der antidemokratischen Rechten scheiterte als Stichwortgeber für Strauß. Die Grenzen, auf die er stieß, erklären sich nicht nur daraus, dass *sich Strauß Ende der 1960er vom entschiedenen Gaullisten zum überzeugten Atlantiker entwickelte* (S. 218), vielmehr wurde auch die liberale Herleitung des Konservatismusbegriffs in der CSU keineswegs ad acta gelegt. *Die liberale Demokratie mochte Strauß nicht infrage stellen, das trennte ihn von Mohler, der sich entschieden gegen diese positionierte und autoritäre Lösungen bevorzugte*. (S. 218) Auf die konservativ-revolutionären Begrifflichkeiten wurde also nur partiell zurückge-

griffen³, denn ein anderes Kernthema war für die CSU (und ebenso für die CDU) bereits viel wichtiger geworden als Mohlers Stern zu sinken begann: Die Verteidigung der Demokratie gegen die Demokratisierung, d. h. die Abwehr der Studentenbewegung und ihres Durchsickerns in die meinungsbildenden Institutionen und in die Parteien.

Manipulation der Begriffe

Dieser Gegensatz bildete Steber zufolge den Kern der *begriffspolitische[n] Offensive der Union*. (S. 220) *D e m o k r a t i e* wurde zu einem Schlüsselbegriff im Vokabular der Union, *D e m o k r a t i s i e r u n g* dagegen zu einem Schmähwort, das mit [...] einer angeblich sozialdemokratischen Strategie der Sozialisierung des bundesrepublikanischen Staatswesens identifiziert wurde. (S. 220 – Hervorhebungen i. O.) Nun wurde davon ausgegangen, dass die politischen Begriffe in der Demokratie einen unverkennbaren, unverrückbaren und konsensualen Bedeutungskern⁴ in sich trugen – nur so war die These von der Manipulation der Begriffe sinnvoll zu begründen (S. 223). Doch habe zugleich die politische Vokabel ‚konservativ‘ dadurch eine gewisse Mäßigung erfahren, dass die Rettung der politisch-sozialen Ordnung vor den linken Revolutionären als ‚liberalkonservativ‘ firmieren konnte.

Zur Charakterisierung der intellektuellen Interventionen einer Gruppe von etablierten Wissenschaftlern nach 1970 wählt Steber den gelungenen Ausdruck **Begriffsoffensive**: Insbesondere die Sprachkritiken von Kurt Sontheimer, Helmut Schelsky, Hans Maier, Hermann Lübke und Wilhelm Hennis würden eine Reihe von Gemeinsamkeiten aufweisen: Die Entdifferenzierung von marxistischen Revolutionären und (sozialistischen) Sozialdemokraten oder die Vorstellung eines bewusst gesteuerten Sprachwandels, *der geradewegs in die sozialistische Diktatur führen sollte*. (S. 237) Auch wurde in dieser Gruppe von Intellektuellen die düstere Zukunftsvorstellung ver-

3 Dann aber durchaus recjt vehement, etwa wenn Strauß in einer dem *SPIEGEL* durchgestochenen Rede auf kompromisslose Agitation setzte und *auf eine Verschärfung der Krisenwahrnehmung – bis zum Punkt der Staatskrise, die den Regierungswechsel ermöglichen würde*. (S. 328)

4 Sollte eine Demokratie *funktionsfähig sein, dann benötigte sie in Arsenal funktionsfähiger Begriffe*, die dem *totalitären Wahrheitsrelativismus* (S. 232) entrungen werden müssten, forderte etwa der Freiburger Politologe Wilhelm Hennis, der hier nur stellvertretend für viele andere im Band aufgeführten Zitate steht. Das titelgebende Epitheton *Hüter der Begriffe*, das an Carl Schmitt erinnert, stammt ebenfalls von ihm.

treten, dass, wenn einst das *Einvernehmen über die politischen Begriffe* (S. 238) erodiert sein werde, auch die Institutionen zerfallen würden. Sie versuchten außerdem – und ihrem eigenen Duktus der Feindbestimmung zuwider – *Sachlichkeit und Nüchternheit* (S. 238) als Anforderungen an eine adäquate Auseinandersetzung über politische Fragen zu definieren. Dazu kam die Klage über eine Verwissenschaftlichung der öffentlichen Sprache: *Die Sprache der Politik und die Sprache der Wissenschaft seien säuberlich zu trennen, in ihren jeweiligen Systemen zu belassen. Auch dies sollte die politische Sprache der Demokratie schützen und der jungen Republik die Stabilität geben, die sie so dringend nötig hatte. Dass die konservativen Sprachkritiker indes nicht weniger Sprachkritik betrieben als ihr linkes Gegenüber, das reflektierten sie nicht.* (S. 239)

Kaltenbrunners Camouflage

Anhand des Verhältnisses zum Liberalismus zeigt sich für Steber schon um 1960 eine Scheidelinie zwischen zwei grundverschiedenen Auffassungen dessen, was als konservativ anzusehen sei. Doch erst zehn Jahre später profilierten sich die **antiliberalen und die liberale Varianten** im konservativen Denken deutlicher voreinander.⁵ Doch fällt die Person des Publizisten, Herausgebers und Vordenkers einer konservativen Renaissance, Gerd-Klaus Kaltenbrunner, dem die Autorin viele Seiten ihrer Darstellung widmet, aus dem Rahmen, nicht nur weil er sich kaum in die beiden von Steber ausgemachten Hauptströmungen einordnen lässt, sondern auch weil er gegen die übliche konservative Theorieabstinenz verstieß, *womit er sich gegen eine mächtige Tradition konservativer Selbstbeschreibung stellte.* (S. 274) Seinen Entwurf einer konservativen Denkart beschreibt sie als außergewöhnlich **zukunftsgerichtet**, da er *weniger restaurativ bzw. ‚rekonstruierend‘ angelegt* gewesen sei, *sondern vielmehr revolutionär.* (S. 275) Dies gäben Kaltenbrunners programmatische Texte allerdings nicht auf den ersten Blick zu erkennen, sie seien vielmehr bewusst ambivalent gehalten – besonders im Hinblick auf den Umgang mit den Zeitdimensionen: *Kaltenbrunner predigte die konservative Revolution für die 1970er Jahre, bediente sich aber der Sprache der Rekonstruktion. Das war Camouflage.* (S. 275) Steber neigt

⁵ Fielen beide Strömungen für die linken und liberalen Kritiker meist doch wieder in eins, so wurde diese Entdifferenzierung von den Liberalkonservativen durchaus selbst befördert, weil sie oft die gleichen Publikationsorte wählten wie ihre antidemokratischen Mitstreiter.

hier zu der Unterstellung, dass Kaltenbrunner bereits in den frühen Siebzigern mit einer Rückkehr zu den autoritären Traditionen der Zwischenkriegszeit geliebäugelt habe, unterschätzt aber vermutlich den starken Eindruck des zu dieser Zeit nach links gerückten Liberalismus in der erweiterten Öffentlichkeit der Bundesrepublik, der bei ihm zur Desillusionierung über eine mögliche Rückkehr zum Nachkriegskonsens führte, aber auch gleichzeitig seine Haltung begründete, nun, *als Kritiker und Erbe des Liberalismus*‘ (S. 276 – Hervorhebungen i. O.) fungieren zu müssen.

Cleavages im konservativen Denken

Wichtig ist trotzdem Stebers Befund, dass Kaltenbrunners Texte, genauso wie die von Schelsky, dessen deutschnationale Tendenzen und **Dekadenzmotive** in seinen Ursachenbestimmungen für den Erfolg der Neuen Linken sie aufmerksam registriert, in den **Auswertungen der CDU-Strategen** eine prominente Rolle einnahmen. Dabei waren die beiden C-Parteien nach Stebers Auffassung immer weit davon entfernt, sich den Konservatismusdefinitionen der *Rechtsintellektuellen* umstandslos anzuschließen. Allerdings sei es gerade durch den *Verzicht der CDU-Führung, aktiv an der Konturierung des Konservatismusbegriffs teilzuhaben [dazu gekommen], dass die rechte Variante auch weiterhin an ihr klebte – und in Politikern wie Hans Filbinger und Alfred Dregger personalisiert wurde, die als Vertreter des konservativen Flügels galten.* (S. 321 – Hervorhebung i. O.) Wo allerdings der neurechte Konservatismus als Systemopposition begann und der nationalkonservative Flügel in den Unionsparteien endete, scheint mir schwer auszumachen. Doch durften dies die Protagonisten beider Strömungen es ohnehin auch selbst nicht immer so genau genommen haben. Die Abgrenzungen nach (ganz) rechts fanden, wie die Autorin herausstellt, anderswo statt: Bei den *Vertreter[n] des liberalen Konservatismusbegriffs*. Die *Vertreter des rechten Konservatismusbegriffs* hingegen aktualisierten die *Begriffsbestände* (S. 424) der konservativen Revolutionäre in der Weimarer Republik. Doch *[d]iese Doppelpoligkeit verhinderte die Verankerung des Konservatismusbegriffs im zweifelsfrei akzeptierten Vokabular der Bundesrepublik. Er blieb ein Begriff eigener Klasse, angesiedelt in einem Zwischenraum zwischen dem Vokabular der Demokratie und jenem, das als inakzeptabel und damit nicht-sagbar galt.* (S. 424)

Steber macht noch weitere Klüfte in der von ihr rekonstruierten konservativen Theorielandchaft aus; doch beeinträchtigt ihr uneinheitliches Begriffsdesign zum Teil den hohen erkenntnisfördernden Ertrag ihrer Arbeit. Neben der genannten Unterscheidung in demokratieaffine und –gegnerische Konzeptionen nennt sie die Opposition zwischen **monarchistisch-konservativen** Positionen und solchen, die sich genealogisch eher der Konservativen Revolution der Zwischenkriegszeit zurechnen lassen. Eine weitere Spaltungslinie wiederum verursachte der angestrebte oder verweigerter **Bezug zum Christentum**. *Schließlich lief ein vierter Riss durch diese Netzwerke: der zwischen ökologisch informierten, fortschrittskritischen Denkern, die das Konservative mit einer Abkehr von der Industriegesellschaft verschränkten, und jenen, die all dies zurückwiesen und auf technokratische Entwürfe setzten.* (S. 292f.)

Leider nutzt Steber diese Trennlinien auch kaum zur näheren begrifflichen Unterscheidung der dahinter stehenden konservativen Konzepte, sondern gebraucht stattdessen in ihren Ausführungen eine Vielzahl von terminologischen ad-hoc-Charakterisierungen, die nur wenige Rückschlüsse auf die dahinter stehenden Hauptbewegungen konservativen Denkens zulassen. Zudem überschätzt die Autorin wohl die **Diskursmacht** der Zeitschrift *Criticón* wenn sie den Blattmachern Armin Mohler und Caspar v. Schrenck-Notzing unterstellt, ihnen sei es zu verdanken, *[d]ass sich weder die preußisch-monarchische, weder die christliche noch eine ansatzweise liberale Variante des Konservatismusbegriffs durchsetzen konnte* (S. 293). Denn die **Grenzen der Wirksamkeit** dürften sich schon aus der Lust an der Polarisierung und Dichotomisierung des Politischen dort ergeben haben, die, wie Steber selbst anhand ihrer Charakterisierung eines Vertreters der altständischen Rechten im genannten Blatt festhält, *Kompromiss, Ausgleich, Maßhalten, Synthese oder die Einigung auf eine mittlere Position* (S. 307) kategorisch ausschloss.

Warum Steber unversehens dazu greift, den **Konservatismusbegriff für die demokratischen Ausprägungen politischen Denkens zu reservieren**, erschließt sich nicht recht – schon weil mit Armin Mohler, dem wohl wichtigsten Anti-Liberalen der alten Bundesrepublik, ein Vertreter aus dem antidemokratischen Spektrum in ihrer Darstellung viel Raum eingeräumt wird. Wäre es nicht plausibler, von einem **neurechten Konservatismus** zu sprechen, anstatt im Nachhinein zu postulieren, dass *in*

historischer Perspektive die beiden wichtigsten *Criticón*-Autoren Mohler und Schrenck-Notzing *nicht als Konservative bezeichnen werden können*, weil beide *die Sprache der bundesrepublikanischen Neuen Rechten* (S. 308) formuliert hätten? Wenn auch durchaus nicht alle neurechten Vordenker sich (auch) als Konservative begreifen wollten, so wurde doch gerade in ihrer Hauszeitschrift *Criticón* von Anfang an die Renaissance des gegenrevolutionären Denkens beschworen, ohne dessen Traditionen der Konservatismus tatsächlich sein *Strukturprinzip der Zeitlichkeit* (S. 307) eingebüßt hätte, oder schlicht traditionslos wäre.

Steber postuliert: „*Die Neue Rechte [...] profilierte revolutionäre Modelle der Zeitlichkeit, so dass Zukunft nur über eine revolutionäre Umwälzung der Gegenwart und eine ausschnittsweise Tilgung der Vergangenheit möglich schien – also nur mittels eines eklatanten Verstoßes gegen das konservative Strukturprinzip der Zeitlichkeit.*“ (S. 431) Davon setzt sie ein originär konservatives Zeitmodell ab, das sich etwa in der Vorstellung spiegele, *Zukunft über vorausschauende Planung in den Griff zu bekommen, Zukunft also aus der Gegenwart heraus lenken zu können* (S. 430). Doch diese verengende Rekonstruktion konservativen Denkens verunmöglicht es Steber leider, den antidemokratischen Konservatismusdiskurs als wichtige Variante eines keineswegs ‚extremistischen‘ rechten Denkens wahrzunehmen: als Teil nämlich der nach 1945 nur kurz unterbrochenen Traditionspflege der ‚Deutschen Ideologie‘.

Folgert sie jedoch, dass eine ihren Gegenstand verfehlende Neuinterpretation des konservativen Denkens durch das ‚neurechte‘ Spektrum *abermals die Verwirrung über die Begriffe der politischen Sprache der Bundesrepublik* (S. 308) gesteigert hätte, begegnet sie wiederum den politischen Auseinandersetzungen um das ‚richtige‘ Vokabular zur Beschreibung der sozialen Wirklichkeit selbst mit jenem Begriffspurismus, dessen Willkür sie ansonsten berechtigterweise problematisiert. Diese Vereinseitigung wird allerdings von ihr etwas durch den Hinweis relativiert, dass die **reflexive Sprachverwendung** im konservativen Denken der Bonner Republik *eine Zwischenschicht politischer Sprache schuf, in der Begriffe verhandelt wurden, die sowohl antidemokratische wie demokratische Potenziale in sich bargen.* (S. 433)

Doch sollte diese Kritik nicht den Blick darauf verstellen, dass hier ein Standardwerk zur Konservatismusforschung entstanden ist, worin die Geschichte der Unionsparteien bzw. der Conservative Party anhand der darin sich abbildenden Anpassungsprozesse der politischen Semantiken und des intellektuellen Umfelds, dessen sie bedurften, neu erzählt wird. Darüber hinaus veranschaulicht Steber die Annäherungen der Unionsparteien zu den *Conservatives* in Großbritannien als Ergebnis eines jahrelangen Austauschs von Ideen (und nicht eines ‚zwangsläufigen‘ Prozesses der europäischen Einigung, dessen Fragilität sich ohnehin spätestens seit dem Brexit deutlich erweist), die terminologische Missverständnisse für einige Zeit aus dem Weg zu räumen vermochten.

Martin G. Maier ist Politologe und Mitarbeiter am Projekt „Wissensgeschichte der Politologie“ bei Portal Ideengeschichte. Er promoviert zur *Intellectual history* des deutschen Konservatismus nach 1968.